

Udo Brozowski
Kanalstraße 1
82362 Weilheim

Udo Brozowski . Kanalstraße 1 . 82362 Weilheim

DIW Berlin
Herrn Prof. Marcel Fratscher
Möhrenstraße 58
10117 Berlin

Weilheim, den 09.09.2018

Ihr Buch "Verteilungskampf"

Sehr geehrter Herr Prof. Fratscher,

Ihr Buch habe ich mit Interesse gelesen und finde dort viele meiner Ansichten bestätigt. Was die Verhältnisse in unserem Land anbelangt, so muss man leider konstatieren, dass sich die Lebensbedingungen der meisten Menschen in den Jahren der GroKo verschlechtert haben. Es müsste eigentlich so sein, dass ein verheirateter Facharbeiter mit zwei Kindern in einem handwerklichen Beruf mit seinem Einkommen die Familie ernähren kann. Sofern er Miete bezahlen muss, ist das kaum noch möglich; seine Frau muss zumindest halbtags auch arbeiten. Auch die Umverteilung des Staates mit Kindergeld und anderen sozialen Leistungen ändert daran nichts. Von den zu niedrigen Löhnen profitiert in erster Linie die Exportindustrie, die sicherlich auf die diesbezügliche Politik großen Einfluss hat. Wir haben eigentlich wieder Verhältnisse wie in der ehemaligen DDR!

Mit Ihren Ausführungen bezüglich Migration bin ich allerdings nicht einverstanden. Sie vermischen hier Asyl und Einwanderung, was rechtlich zwei verschiedene Begriffe sind. Alle Migranten, die seit 2015 zu uns gekommen sind, haben Asyl beantragt. Anerkannt worden sind etwa 1 %, viele der abgelehnten Bewerber haben einen vorübergehenden Bleibestatus erworben. Alle diese Menschen müssen wieder zurück in ihr Land, denn auch anerkannte Asylbewerber dürfen nur so lange bleiben, wie der Asylgrund besteht. Zudem hätten wir gemäß Dublin III fast alle an der Grenze abweisen müssen, denn sie kamen aus einem sicheren Drittstaat.

Es besteht auch keine Notwendigkeit, diese Menschen, die mit Ihrer Kultur und Religion nicht zu uns passen, zu integrieren; das Grundgesetz sieht das nicht vor. Wenn nun Industrie und Handwerk die Chance sehen, freie Arbeitsplätze mit Migranten zu besetzen, dann sollten sie auch alle Kosten dafür übernehmen und nicht davon ausgehen, dass diese Migranten ein Bleiberecht bekommen. Was die finanziellen Aufwendungen anbelangt, so gibt es andere Berechnungen, die von weit höheren Kosten ausgehen. Wenn sie schreiben, dass keinem etwas weggenommen wird, so kann man sagen, direkt nicht aber indirekt schon. Denn natürlich hätte das Geld, das für die Migranten ausgegeben wird, auch für z.B. mehr Lehrer, mehr Pflegekräfte, mehr Polizisten, bessere Schulen und Straßen ausgegeben werden können.

Was in Ihrem Buch nicht angesprochen wird, sind die schwerwiegenden gesellschaftlichen Folgen der Migration. Die innere Sicherheit hat sich speziell für Frauen verschlechtert, es gab Terrorangriffe und viele Tötungsdelikte und andere schwere Straftaten durch Migranten. Diese Taten wären nicht passiert, wenn man die Täter nicht nach Deutschland reingelassen hätte. Denn es hätte klar sein müssen, dass sich ein erheblicher Anteil von Kriminellen unter den Migranten befindet. Es ist eine unzulässige und menschlich schäbige Relativierung, zu sagen, auch Deutsche würden solche Taten begehen. Sogar Politiker haben sich so geäußert! Während bestimmte Parteien und Institutionen die Migration befürworten - teilweise aber aus politischen und wirtschaftlichen Gründen - stehen die meistens Menschen "Multikulti" ablehnend gegenüber.

Die Kanzlerin und die sie unterstützenden Parteien und fast alle Medien sehen Ihre Hauptaufgabe darin, die Bürger zu verunglimpfen und als rechtsextrem zu diffamieren, die gegen Migration und Muslime sind. Man nimmt sogar die Hilfe von linksextremen Gruppen an, wenn es um den Kampf gegen "rechts" geht. Man versucht, die Meinungsfreiheit einzuschränken, um so unliebsame Kritik zu unterdrücken. Dafür wurde sogar extra eine Behörde geschaffen, die im Internet für die Löschung angeblich rassistischer Artikel zuständig ist. Bürger, die ihre nicht regierungskonforme Meinung frei äußern, werden denunziert und teilweise auch körperlich angegriffen. Bei dem so genannten Kampf gegen "rechts", der immer wieder von Politikern geäußert wird, geht es in Wirklichkeit um den Erhalt der Macht und der Angst, sie zu verlieren. Die relativ wenigen rechtsextremen Gruppen stellen keine Gefahr für den Rechtsstaat dar; die linksextremen Gruppen (Antifa) schon eher, denn sie bekämpfen ja ganz offen den Staat und die Polizei.

Es bleibt festzuhalten, dass die deutsche Gesellschaft schweren Schaden durch die Migration erlitten hat. Freundschaften sind zerbrochen, Menschen mit anderen Ansichten verlieren ihren Arbeitsplatz, Mitglieder einer bestimmten Partei werden als Nazis beschimpft, es ist eine Verrohung der Sprache feststellbar, an der sich auch Politiker beteiligen. Eine relativ kleine Gruppe von Menschen will die Gesellschaft nach ihren ideologischen Überzeugungen ändern und beansprucht für sich, die richtige und einzig wahre Meinung zu haben.

Aber die historisch falsche Entscheidung der Kanzlerin, niemanden an der Grenze abzuweisen, hat auch den "Brexit" zur Folge gehabt. Und auch die EU ist beschädigt worden, weil viele Länder keine Migranten (mehr) aufnehmen wollen. Deutschland ist in der EU mittlerweile isoliert und wird wegen der Forderung der Kanzlerin nach Umverteilung der Migranten als bevormundend empfunden. Wer also von den wenigen Vorteilen der Migration spricht, muss auch die Nachteile offen benennen. Und die überwiegen bei weitem!

Ich vermute, dass auch Sie um diese Folgen der Migration wissen, aber wegen Ihrer Nähe zur Kanzlerin und einer Partei nicht ansprechen.

Freundliche Grüße

Udo Brozowski